B e s c h l u s s v o r l a g e

für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Planungs- und Verkehrsausschuss	13.11.2007	Entscheidung

Tagesordnungs-Punkt	
	Regionalplan, Teilabschnitt Region Bonn/Rhein-Sieg; Sachlicher Teilabschnitt -Weißer Quarzkies im Raum Kottenforst/ Ville- - Stellungnahme des Rhein-Sieg-Kreises zum Vorschlag zum Ausgleich der Meinungen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Erörterungstermin „Weißer Quarzkies im Raum Kottenforst/ Ville“ am 20.11.2007 zu dem von der Bezirksplanungsbehörde unterbreiteten „Vorschlag zum Ausgleich der Meinungen“ **kein Einvernehmen** zu erteilen.

Erläuterungen:

Nächster Verfahrensschritt bei der Regionalplanänderung „Weißer Quarzkies im Raum Kottenforst/ Ville“ ist der Erörterungstermin „zum Ausgleich der Meinungen“ gemäß § 20 (4) Landesplanungsgesetz NW.

Der Rhein-Sieg-Kreis hat in seiner Stellungnahme vom 21.03.2007 zum Regionalplan-Änderungsverfahren angeregt, die Erweiterung Weilerswist-Nord als Konzentrationszone für die Gewinnung von weißem Quarzkies so als Ziel der Raumordnung zu definieren, dass ein Abbau an anderer Stelle im Regierungsbezirk rechtssicher ausgeschlossen werden kann. Der Kreis hat damit das Ziel verfolgt, den Abbau in einem bereits erschlossenen und vorgeschädigten Bereich zu bündeln und im Gegenzug Natur und Landschaft im verbleibenden Raum Kottenforst/ Ville den absoluten Vorrang zu geben.

Diese Intention ist vollinhaltlich aufrecht zu erhalten.

Dagegen legt die Bezirksplanungsbehörde nunmehr in einem „Vorschlag zum Ausgleich der Meinungen“ einen Regionalplanentwurf vor, der einen Abbau im Bereich des Standortes „Sonnenhof“ mit einem östlich angrenzenden Reservegebiet vorsieht.

Weiteres Verfahren:

Im Anschluss an den Erörterungstermin hat die Bezirksplanungsbehörde dem Regionalrat über das Ergebnis der Erörterung zu berichten. Der Bericht muss die Anregungen, über die keine Einigkeit erzielt wurde, aufzeigen. Der Regionalrat berät und beschließt über die Anregungen, damit ist der Regionalplan formell aufgestellt.

Danach berichtet die Bezirksplanungsbehörde (Regierungspräsident Köln) der Landesplanungsbehörde (Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie NRW), ob über den Regionalplan Einigkeit erzielt worden ist, oder welche abweichenden Meinungen von den Verfahrensbeteiligten und aus der Mitte des Regionalrates vorgebracht worden sind. Die Bezirksplanungsbehörde hat darüber hinaus darzulegen, ob sie selbst Bedenken gegenüber dem vom Regionalrat aufgestellten Regionalplan hat.

Abschließend erfolgt die Genehmigung der Landesplanungsbehörde. Diese entscheidet im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministerien.

Zur Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 13.11.2007

In Vertretung

(Heinze)